



---

## Ganzkörperverschleierung in Europa

**Eine Übersicht über die aktuelle Rechtssituation** (Stand 25. August 2010)

**Zusammengestellt von Torsten Jäger**  
**(Bundesweites Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen)**

<b>Vorbemerkung</b>
---------------------

*Das Bundesweite Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen wurde vom Deutschen Islamforum darum gebeten, die aktuelle Rechtssituation in europäischen Ländern im Hinblick auf die Vollverschleierung muslimischer Frauen darzustellen.*

*Die nachfolgende Übersicht dient als Grundlage der Beratungen des Gremiums und will zugleich der interessierten Öffentlichkeit Gelegenheit geben, sich über den Stand der einschlägigen gesetzgeberischen Initiativen in europäischen Staaten zu informieren.*



*Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds kofinanziert*

*Gefördert von der Karl-Konrad- und-Ria-Groeben-Stiftung*

### Aktueller Diskussionsstand

In Deutschland sind nach einer Umfrage des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research vom Juli 2010 insgesamt 71 Prozent der Bevölkerung für ein Verbot der Vollverschleierung. Dieser Personenkreis würde entsprechende Verbots-gesetze begrüßen und unterstützen.<sup>1</sup>



(Quelle: Die Welt)

Zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime und Menschen mit Migrationsbezug zu einem muslimisch geprägten Land leben in der Bundesrepublik Deutschland.<sup>2</sup> Der amtierende Bundesinnenminister, Thomas de Maizière, geht von insgesamt „vielleicht hundert“ Trägerinnen der Burka aus<sup>3</sup>, der Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland gar von „kaum mehr als einem Dutzend“<sup>4</sup>. Die Zahl der Frauen,

<sup>1</sup> Vgl.: PewResearchCenter: Widespread Support for Banning Full Islamic Veil in Western Europe. Pressemitteilung vom 8. Juli 2010 zu den Ergebnissen einer Umfrage des Instituts zur Haltung zur Vollverschleierung und zu hierauf abzielenden Verbotsgesetzen. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl in Großbritannien als auch in Frankreich, Deutschland und Spanien sich deutliche Mehrheiten für Verbotsgesetze aussprechen und nur in den USA die Mehrheit solche Gesetze ablehnt. [<http://pewresearch.org/pubs/1658/widespread-support-for-banning-full-islamic-veil-western-europe-not-in-america> – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>2</sup> Vgl.: Haug, Sonja, Müssig, Stephanie und Anja Sticks: Muslimisches Leben in Deutschland. Eine Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Herausgegeben als Forschungsbericht Nr. 6 im Juni 2009 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Deutschen Islam Konferenz. S. 11. Eine exakte Benennung der Zahl von Muslimen in Deutschland ist nicht möglich, da die islamische Religionszugehörigkeit im Gegensatz zur christlichen nicht zentral erfasst wird. Die Schätzungen der Autorinnen basieren daher auf Hochrechnungen auf der Grundlage im Rahmen der Studie ermittelter Anteilswerte an Muslimen unter den Zuwanderern aus den einzelnen Herkunftsländern, des ermittelten Anteils der Eingebürgerten sowie der Daten des Ausländerzentralregisters.

<sup>3</sup> Vgl.: De Maizière hält Burka-Verbot in Deutschland für unnötig. afp-Meldung vom 4. Mai 2010 [[www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gsBmk-NcqHFSBCMG6IMeMACLgeGA](http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gsBmk-NcqHFSBCMG6IMeMACLgeGA) – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>4</sup> zit. nach: Kölner Stadtanzeiger: Das Dilemma mit der Burka. Artikel vom 30. April 2010 [[www.ksta.de/html/artikel/1272633133422.shtml](http://www.ksta.de/html/artikel/1272633133422.shtml) – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

die sich z.B. mit einer Kombination aus Nikab und Tschador voll verschleiern, liegt um ein Vielfaches höher. Entsprechende Schätzungen reichen bis zu 6.000 Frauen.<sup>5</sup>

In Deutschland wurde die Debatte um ein Verbot der Vollverschleierung von der SPD-Bundestagsabgeordneten Lala Akgün im Januar 2010 befördert. Sie nannte die Burka ein Ganzkörpergefängnis, das die Menschenrechte tief verletzt: „Es wäre ein wichtiges Zeichen, die Burka in Deutschland zu verbieten“, sagte Akgün der *Frankfurter Rundschau*. Ein Verbot sollte zumindest für Schulen, Universitäten und an sicherheitssensiblen Orten wie Banken oder Flughäfen gelten.<sup>6</sup>

Dieser Forderung schloss sich im Mai 2010 die Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes, Silvana Koch-Mehrin, MdEP (FDP) an. Sie erklärte gegenüber der Bild am Sonntag, die Burka sei ein massiver Angriff auf die Rechte der Frau. Sie wünsche sich, dass auch in Deutschland - und in ganz Europa - das Tragen aller Formen der Burka verboten wird.<sup>7</sup>

Unterstützung erhielt die Verbotsforderung zuletzt vom Bundestagsabgeordneten Serkan Tören (FDP), der auch Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages ist. Die Burka sei nicht nur „ein mobiles Frauengefängnis“, sondern richte sich auch gegen Werte wie Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung. Die Begegnung mit offenem Gesicht gehöre zur aufgeklärten und freien Gesellschaft. Es sei zudem aus Sicherheitsaspekten nicht akzeptabel, dass verschleierte Personen in der Öffentlichkeit nicht erkannt werden könnten.<sup>8</sup>

Der Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Vollverschleierung erteilten der Bundesinnenminister und Vertretungen aller politischen Parteien eine Absage.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erachtet eine Gesetzesinitiative zum Verbot der Burka in Deutschland angesichts der geringen Zahl von Trägerinnen als "unangemessen und deswegen nicht erforderlich".<sup>9</sup> Der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Wolfgang Bosbach (CDU), betont, er halte die Burka für ein "Zeichen der Abgrenzung und des religiösen Fundamentalismus". Zugleich steht er auf dem Standpunkt, ein Burkaverbot sei in Deutschland aus verfassungsrechtlichen Gründen kaum möglich. Gesetze wie in Belgien und anderen europäischen Ländern angestrebt, seien in Deutschland zudem nicht notwendig, da es zu wenig Fälle gebe. Grundsätzlich falle das Tragen der Burka unter das Recht auf die "freie Entfaltung der Persönlichkeit". Er fügte aber auch Ausnahmen hinzu: wenn eine Schülerin vollverschleiert in die Schule gehe, eine vollverschleierte Frau

---

<sup>5</sup> Vgl.: Molthagen, Michael: Der ZMD und das "Dutzend Burkaträgerinnen": Unwissenheit oder Absicht? Blogbeitrag vom 4. Mai 2010 auf [www.burkaverbot.de](http://www.burkaverbot.de) [[www.burkaverbot.de/blog/762-der-zmd-und-das-qdutzend-burkatraegerinnenq-unwissenheit-oder-absicht](http://www.burkaverbot.de/blog/762-der-zmd-und-das-qdutzend-burkatraegerinnenq-unwissenheit-oder-absicht) – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>6</sup> Vgl.: Akgün fordert Burka-Verbot. Artikel aus der Süddeutschen Zeitung vom 28. Januar 2010 [[www.sueddeutsche.de/politik/muslime-in-deutschland-akguen-fordert-burka-verbot-1.67597](http://www.sueddeutsche.de/politik/muslime-in-deutschland-akguen-fordert-burka-verbot-1.67597) – Zuletzt geöffnet am 17. August 2010]

<sup>7</sup> Die Burka gehört in Europa verboten. Gastbeitrag von Silvana Koch-Mehrin für die Bild am Sonntag vom 2. Mai 2010 [[www.bild.de/BILD/news/standards/kommentar/2010/05/02/gast-kommentar/kommentar.html](http://www.bild.de/BILD/news/standards/kommentar/2010/05/02/gast-kommentar/kommentar.html) – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>8</sup> Die Burka ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde. Meinungsbeitrag von Serkan Tören, MdB, in der Welt vom 9. August 2010 [[www.welt.de/debatte/kommentare/article8907420/Die-Burka-ist-ein-Verstoss-gegen-die-Menschenwuerde.html](http://www.welt.de/debatte/kommentare/article8907420/Die-Burka-ist-ein-Verstoss-gegen-die-Menschenwuerde.html) – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>9</sup> Vgl.: De Maizière hält Burka-Verbot in Deutschland für unnötig. afp-Meldung vom 4. Mai 2010 [[www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gsBmk-NcqHFSBCMG6IMeMACLgeGA](http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gsBmk-NcqHFSBCMG6IMeMACLgeGA) – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

als Zeugin vor Gericht auftauche oder Auto fahre.<sup>10</sup> Bosbach macht sich damit die rechtlichen Einschätzungen eines Gutachtens zu eigen, das der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages im Mai 2010 im Auftrag des CSU-Bundestagsabgeordneten Johannes Singhammer, erarbeitet hat.<sup>11</sup>

Der Innenexperte der SPD-Fraktion, Dieter Wiefelspütz, erteilte Verbotsgesetzen eine Absage, da ein "aufgeklärter Islam sich nicht mit Zwang erreichen lässt."<sup>12</sup> Der Vorsitzende von Bündnis '90/Die Grünen, Cem Özdemir, erklärte, ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe nicht. Die Debatte gehe an den eigentlichen Problemen vorbei. In Deutschland werde die Burka nur von einer verschwindend geringen Minderheit der islamischen Frauen getragen, die Mehrheit lehne sie ab.<sup>13</sup>

## FRANKREICH

### Ausgangslage/betroffene Personen

In Frankreich leben etwa fünf Millionen Muslime bzw. Menschen mit Migrationsbezug zu einem islamisch geprägten Land.<sup>14</sup> Zwischen 367<sup>15</sup> und 2.000<sup>16</sup> Frauen in Frankreich tragen eine Burka, die Zahl von Frauen, die vollverschleiert in der Öffentlichkeit auftreten, wird auf bis zu 12.000 geschätzt.<sup>17</sup>

### Rechtslage/Stand der Gesetzgebung

Bislang wurden folgende Schritte im Gesetzgebungsverfahren gegangen:

**Januar 2010:** Eine parteiübergreifende Enquete-Kommission der Französischen Nationalversammlung empfiehlt ein Verbot der Ganzkörperverschleierung in allen öffentlichen Einrichtungen. Trägerinnen der Burka oder des Nikab sollten demnach künftig in Schulen, Krankenhäusern, Postämtern, Behörden, Sozialdiensten und öffentlichen Verkehrsmitteln keinen Platz mehr haben. Die sozialistischen Abgeordneten, die der Kommission angehören, bleiben der Abstimmung über die Empfehlung - der die Anhörung von 150 Expertinnen und Experten voranging - fern. Die Kommission schlägt vor, auf die strafrechtliche Verfolgung burkatragender Frauen und auf Geldbußen zu verzichten. Vielmehr soll einer von Kopf bis Fuß verschleierten Frau

<sup>10</sup> Bosbach hält Burka-Verbot in Deutschland für unnötig. epd-Meldung vom 3. Mai 2010 [www.epd.de/nachrichten/nachrichten\_index\_75243.html – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>11</sup> Auszüge des vom Wissenschaftlichen Dienst bislang nicht veröffentlichten Gutachtens finden sich auf der Homepage von Wolfgang Bosbach, MdB [http://wolfgang-bosbach.de/news/burkaverbot-in-deutschland – Zuletzt geöffnet am 25. August 2010].

<sup>12</sup> zit. nach: Reimann, Anne und Carsten Volkery: Schleierstreit entzweit Europa. Redaktioneller Beitrag auf Spiegel-online am 5. Februar 2010 [www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,675888,00.html – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>13</sup> Vgl. ebd.

<sup>14</sup> Vgl. Online-Lexikon Wikipedia: Islam in Frankreich [http://de.wikipedia.org/wiki/Islam\_in\_Frankreich – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>15</sup> Vgl: Angst vor Eurabien. Artikel von Andrea Brand, Marco Evers, Juliane von Mittelstaedt, Mathieu von Rohr und Britta Sandberg. In: Der Spiegel Nr. 50/2009. S. 112-116. Die Autor/innen nennen die Zahl von 367 Burkatragenden auf Seite 115 mit einem Verweis auf Erkenntnisse des Französischen Inlandsgeheimdienstes.

<sup>16</sup> Gabizon, Cécilia: Deux mille femmes portent la burqa en France. In: Le Figaro vom 9. September 2009 [www.lefigaro.fr/actualite-france/2009/09/09/01016-20090909ARTFIG00040-deux-mille-femmes-portent-la-burqa-en-france-.php – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>17</sup> Vgl.: Rist, Manfred: Frankreich vor teilweisem Burka-Verbot. Artikel in der Onlineausgabe der Neuen Züricher Zeitung vom 26. Januar 2010 [www.nzz.ch/nachrichten/international/fuer\_ein\_burkaverbot\_im\_service\_public\_1.4638748.html – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

die gewünschte Dienstleistung vorenthalten werden. Nur wer sein Gesicht zeigt, soll nach den Empfehlungen der Kommission bedient, behandelt oder befördert werden. Auf Straßen, Plätzen und in der Privatwirtschaft wollen die Parlamentarier den Gesichtsschleier weiterhin dulden.<sup>18</sup>

**März 2010:** Der Staatsrat als höchste Verwaltungsinstanz spricht sich in einer von der Regierung eingeholten Stellungnahme gegen ein generelles Verbot der Ganzkörperverschleierung muslimischer Frauen aus. Ein solches Verbot sei rechtlich angreifbar. Es werde schon schwer sein, das Tragen von Ganzkörperschleiern auch nur teilweise zu untersagen. Ein Burka-Verbot, so der Staatsrat, könnte die französische Verfassung und die Europäische Menschenrechtskonvention verletzen. Möglich sei lediglich ein Verbot aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und beim Kampf gegen Betrug. So könnten etwa die Anforderungen bei bestimmten Behörden oder an bestimmten öffentlichen Orten ein Verbot der Gesichtsverdeckung rechtfertigen.<sup>19</sup>

**Juli 2010:** Die Französische Nationalversammlung beschließt mit 336 zu 1 Stimme (bei weitgehender Enthaltung von Sozialisten, Kommunisten und Grünen) ein Verbot der „Verhüllung des Gesichts in der Öffentlichkeit“. Allgemeine Hinweise auf den Islam oder die Begriffe Burka oder Nikab sind in dem Gesetz nicht enthalten. Das Verbot der Gesichtsverhüllung erstreckt sich auf den gesamten öffentlichen Raum. Für Atemschutzmasken und Karnevalsmasken sind Ausnahmeregelungen vorgesehen.<sup>20</sup>

Zu widerhandlungen sollen mit 150 Euro sowie einem Kurs in Staatsbürgerkunde belegt werden. Männer, die ihre Frauen oder minderjährigen Töchter zum Tragen des Schleiers zwingen, müssen nach dem Gesetzestext mit bis zu 60.000 Euro Strafe und zwei Jahren Haft rechnen.<sup>21</sup>

**Juli 2010:** Eine Umfrage des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research ermittelt im Juli 2010, dass 82 Prozent der Franzosen den Gesetzentwurf der Regierung unterstützen.<sup>22</sup>

**Juli 2010:** Die regierende UMP kündigt an, das Gesetz solle vor Inkrafttreten vom Verfassungsgericht überprüft werden.<sup>23</sup>

#### Voraussichtlicher weiterer Weg der Gesetzgebung:

**September 2010:** Der Französische Senat (Oberhaus) muss über das Gesetz entscheiden. Die Mehrheit im Senat liegt bei den Regierungsparteien.<sup>24</sup>

---

<sup>18</sup> Vgl.: Frankreichs Parlament will die Burka ächten – afp-Meldung vom 27. Januar 2010 [www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0127/politik/0044/index.html – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>19</sup> Vgl.: Staatsrat spricht sich gegen generelles Burka-Verbot aus. Meldung auf Spiegel-online am 30. März 2010 [www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,686471,00.html – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>20</sup> Vgl.: Nur eine Stimme gegen das Burka-Verbot. Artikel auf Welt-online vom 13. Juli 2010 [www.welt.de/politik/ausland/article8451359/Nur-eine-Stimme-gegen-das-Burkaverbot.html – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>21</sup> Vgl.: ebd.

<sup>22</sup> Vgl.: PewResearchCenter: Widespread Support for Banning Full Islamic Veil in Western Europe. Pressemitteilung vom 8. Juli 2010 zu den Ergebnissen einer Umfrage des Instituts zur Haltung zur Vollverschleierung und zu hierauf abzielenden Verbotsgesetzen [http://pewresearch.org/pubs/1658/widespread-support-for-banning-full-islamic-veil-western-europe-not-in-america – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>23</sup> Vgl.: Lennert, Christoph: Nur eine Stimme gegen Burkaverbot. kna-Meldung vom 13. Juli 2010 [www.domradio.de/aktuell/65720/nur-eine-stimme-gegen-burkaverbot.html – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

### **Ausgangslage/betroffene Personen**

In Belgien leben ca. 400.000<sup>25</sup> bis 500.000<sup>26</sup> Muslime bzw. Menschen mit Migrationsbezug zu einem islamisch geprägten Land. Schätzungen gehen davon aus, dass es in Belgien lediglich „ein paar Dutzend Burka-Trägerinnen“ gibt.<sup>27</sup> Schon 2004 hat die Regionalregierung in Flandern ihren Gemeinden erlaubt, das Tragen der Burka in der Öffentlichkeit auf dem Verordnungsweg zu untersagen. Acht Gemeinden haben hiervon bislang Gebrauch gemacht.<sup>28</sup> Nach Informationen der Zeitung "Le Soir" haben diese acht Gemeinden im Jahr 2009 insgesamt lediglich 29 Geldbußen wegen eines Verstoßes gegen das Burkaverbot verhängt.<sup>29</sup> Belgiens zweitgrößte Stadt Antwerpen setzte ein Verbot der Verschleierung in der Öffentlichkeit im Jahre 2008 in Kraft.<sup>30</sup>

### **Rechtslage/Stand der Gesetzgebung**

**März 2010:** Der Innenausschuss des Belgischen Parlaments stimmt ohne Gegenstimme einem Gesetzentwurf zum Verbot der Vollverschleierung zu.<sup>31</sup>

**April 2010:** Das belgische Parlament beschließt ohne Gegenstimmen das Verbot der Vollverschleierung. Das Gesetz verbietet das Tragen jedes Kleidungsstücks, "welches das Gesicht ganz oder hauptsächlich verhüllt". Hinweise auf den Islam oder die Begriffe Burka und Nikab sind im Gesetzestext nicht enthalten. Das Verbot gilt für den öffentlichen Raum, also auf Straßen und in Parks ebenso wie in Geschäften, Restaurants, Bussen oder Bahnen. Personen, die sich dennoch voll verschleiern, drohen Geldstrafen bis 25 Euro oder bis zu sieben Tage Haft. Ausgenommen sind ausdrücklich Motorradfahrer, Karnevalsverkleidungen sowie Feuerwehrleute - also Menschen, die von Berufs wegen einen Helm oder eine Maske tragen müssen.<sup>32</sup>

---

<sup>24</sup> Vgl.: Französische Nationalversammlung stimmt Burka-Verbot zu. Redaktioneller Artikel auf Zeit-online am 13. Juli 2010 [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-07/burka-verbot-frankreich-3 – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>25</sup> Vgl.: Netzeitung.de: Muslime in Europa. Informationen des Evangelischen Pressedienstes über Muslime in Europa vom 27. September 2006 [www.netzeitung.de/sport/443264.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>26</sup> Vgl.: Belgien verbannt Burka. dpa-Meldung vom 29. April 2010. Abgedruckt auf Stern online [www.stern.de/politik/ausland/parlamentsvotum-belgien-verbannt-burka-1562657.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>27</sup> Vgl.: Baspinar, Deniz: Burkaverbot, einig Vaterland. Kolumne vom 1. Mai 2010 auf Zeit online [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-05/belgien-burkaverbot-kommentar – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>28</sup> Vgl.: Belgien verbannt Burka. dpa-Meldung vom 29. April 2010. Abgedruckt auf Stern online [www.stern.de/politik/ausland/parlamentsvotum-belgien-verbannt-burka-1562657.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]. Die Süddeutsche Zeitung nennt in einem Beitrag vom 30. April 2010 – „Umstrittener Schleier“ – sogar „etwa 20 Städte und Gemeinden, die in Belgien Vermummungsverbote auf kommunaler Ebene erlassen haben.“ [www.sueddeutsche.de/politik/burka-verbot-in-europa-umstrittener-schleier-1.935277 – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>29</sup> Vgl.: Belgien verbannt Burka. dpa-Meldung vom 29. April 2010. Abgedruckt auf Stern online [www.stern.de/politik/ausland/parlamentsvotum-belgien-verbannt-burka-1562657.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>30</sup> Vgl.: Belgien will Burka verbannen. In: Süddeutsche Zeitung vom 31. März 2010 [www.sueddeutsche.de/politik/debatte-um-ganzkoerperschleier-belgien-will-burka-verbannen-1.3115 – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>31</sup> Vgl.: Belgien plant radikales Burka-Verbot. Redaktioneller Beitrag auf Siegel online am 31. März 2010 [www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,686760,00.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>32</sup> Vgl.: Bann per Gesetz: Belgisches Parlament stimmt für radikales Burka-Verbot. Redaktioneller Artikel auf Spiegel online am 29. April 2010 [www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,692153,00.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

Das Gesetz kann erst nach der Zustimmung durch den Senat in Kraft treten.<sup>33</sup>

**Juni 2010:** Weil das Gesetzgebungsverfahren vor dem vorzeitigen Ende der Legislaturperiode und den Neuwahlen in Belgien nicht abgeschlossen war, muss es erneut in das Parlament eingebracht werden. In Belgien wie in Deutschland muss der Gesetzgebungsprozess innerhalb einer Legislatur abgeschlossen oder andernfalls gegebenenfalls in der neuen Legislatur erneut aufs Gleis gesetzt werden.<sup>34</sup>

## DÄNEMARK

### Ausgangslage/betroffene Personen

In Dänemark leben ca. 250.000 bis 300.000 Muslime bzw. Menschen mit Migrationsbezug zu einem islamisch geprägten Land.<sup>35</sup> Nach einer von der dänischen Regierung in Auftrag gegebenen und im Januar 2010 öffentlich gewordenen Untersuchung der Universität Kopenhagen tragen etwa 100 bis 200 Frauen in Dänemark einen Ganzkörperschleier.<sup>36</sup>

### Rechtslage/Stand der Gesetzgebung

**September 2009:** Die regierende konservative Partei gibt ihren Plan, die Ganzkörperschleierung gesetzlich zu verbieten auf, nachdem das Dänische Justizministeriums gutachtet, ein solches Verbot verstoße gegen die Dänische Verfassung und die Europäische Menschenrechtskonvention. Ein im August 2009 initiiertes Gesetzgebungsverfahren wird nicht weiterverfolgt.<sup>37</sup>

**Januar 2010:** Die dänische Regierung fordert zur „konsequenten Einhaltung bestehender Richtlinien zum Verbot der Vermummung im öffentlichen Raum auf. Schulen, Behörden und Firmen sollen demnach so scharf wie möglich gegen die Vollverschleierung vorgehen. Lehrstätten wie Schulen und Universitäten sollen verlangen, dass muslimische Frauen den Schleier lüften, damit ein "offener und fairer Unterricht" möglich ist. Auch Behörden können nach der Rechtsauffassung der Regierung darauf bestehen, dass eine muslimische Frau den Schleier hebt, "um ihre Reaktion zu sehen und ihre Glaubwürdigkeit einzuschätzen".<sup>38</sup>

<sup>33</sup> Vgl.: Landmesser, Wolfgang: Mit Panzerfäusten auf Mücken schießen. Redaktioneller Beitrag auf [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) am 30. April 2010 [[www.tagesschau.de/ausland/burkaverbotbelgien104.html](http://www.tagesschau.de/ausland/burkaverbotbelgien104.html) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>34</sup> Vgl.: Burka-Verbot in Belgien kann nicht in Kraft treten. kna-Meldung vom 15. Juli 2010, abgeruckt auf [www.welt.de](http://www.welt.de) [[www.welt.de/die-welt/politik/article8472531/Burka-Verbot-in-Belgien-kann-nicht-in-Kraft-treten.html](http://www.welt.de/die-welt/politik/article8472531/Burka-Verbot-in-Belgien-kann-nicht-in-Kraft-treten.html) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>35</sup> Vgl.: Borchert, Thomas (dpa): "Burka-Rapport" entfacht Debatte neu. Abgedruckt am 18. Januar 2010 auf [www.n-tv.de](http://www.n-tv.de) [[www.n-tv.de/panorama/Burka-Rapport-entfacht-Debatte-neu-article684891.html](http://www.n-tv.de/panorama/Burka-Rapport-entfacht-Debatte-neu-article684891.html)]

<sup>36</sup> Vgl.: Dänen hielten brisanten Burka-Bericht zurück. Redaktioneller Artikel auf Welt-online vom 18. Januar 2010 [[www.welt.de/politik/ausland/article5893845/Daenen-hielten-brisanten-Burka-Bericht-zurueck.html](http://www.welt.de/politik/ausland/article5893845/Daenen-hielten-brisanten-Burka-Bericht-zurueck.html) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>37</sup> Vgl.: Wolff, Reinhard: Kein Zwang zum Gesichtzeigen. In: die tageszeitung vom 19. September 2010 [[www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/kein-zwang-zum-gesichtzeigen/](http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/kein-zwang-zum-gesichtzeigen/) - Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>38</sup> Vgl.: Auch in Dänemark ist für die Burka kein Platz. Redaktioneller Beitrag auf Neue Züricher Zeitung online vom 28. Januar 2010 [[www.nzz.ch/nachrichten/kultur/kunst\\_architektur/regierung\\_legt\\_einschraenkungen\\_fuer\\_vollverschleierung\\_fest\\_1.4678433.html?video=1.2023468](http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/kunst_architektur/regierung_legt_einschraenkungen_fuer_vollverschleierung_fest_1.4678433.html?video=1.2023468) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

Die dänische „Volkspartei“ wirft der Regierung Feigheit vor und kündigt an, einen eigenen Verbotsantrag in das Parlament einzubringen.<sup>39</sup>

## ITALIEN

### Ausgangslage/betroffene Personen

In Italien leben ca. eine Million Muslime bzw. Menschen mit Migrationsbezug zu einem islamisch geprägten Land.<sup>40</sup>

### Rechtslage/Stand der Gesetzgebung

In Italien gibt es bereits seit 1975 ein Gesetz, dass es erlaubt, Vermummungen jeder Art in der Öffentlichkeit zu verbieten.<sup>41</sup> Einige Kommunen in Norditalien haben in ihren Kommunen explizit das Tragen der Burka oder des Nikab untersagt und unter Strafe gestellt.<sup>42</sup> So hat die 500-Seelen-Gemeinde Azzana Decimo in der Nähe der friaulischen Stadt Pordenone eine Geldstrafe von 500 Euro für die Missachtung des Vermummungsverbotese eingeführt. Die Burka, die ihre Trägerin von Kopf bis Fuß bedeckt, sei in der Öffentlichkeit in Italien verboten, weil die Person dadurch nicht zu identifizieren sei. Dies sei für die Sicherheit gefährlich, betont der Bürgermeister der Ortschaft, Enzo Bortolotti.<sup>43</sup>



Verbotsschilder in der norditalienischen Gemeinde Varallo. (Quelle: dpa)

<sup>39</sup> Vgl.: Wolff, Reinhard: Kein Zwang zum Gesichtzeigen. In: die tageszeitung vom 19. September 2010 [www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/kein-zwang-zum-gesichtzeigen/ - Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>40</sup> Vgl. Online-Lexikon Wikipedia: Islam in Italien [http://de.wikipedia.org/wiki/Islam\_in\_Italien – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>41</sup> Vgl.: Europa - Diskussion um Burkaverbot. In: Newsletter „Migration und Bevölkerung“ Nummer 02/10, eingestellt in www.migration-info.de [www.migration-info.de/mub\_artikel.php?id=100206 – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>42</sup> Vgl.: Wolkers, Alexander: Europäischer Flickenteppich bei Burkaverboten. In: ARTE-Journal vom 6. Juli 2010. Abgedruckt auf www.arte.tv [www.arte.tv/de/Die-Welt-verstehen/arte-journal/NAV-burqa/3310626,CmC=3310614.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>43</sup> Vgl.: Italienische Gemeinde verbietet Burka für Muslimes. Redaktioneller Beitrag vom 9. Februar 2009 auf Die Presse.com [http://diepresse.com/home/panorama/religion/450983/index.do – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

Das ausdrückliche Verbot von Burka- und Nikab in der Öffentlichkeit gilt nach entsprechenden Beschlüssen der Kommunalparlamente auch in den norditalienischen Städten Varallo<sup>44</sup>, Novara, Montegrotto Terme, Como und Bergamo.<sup>45</sup>

**Herbst 2009:** Die Lega Nord, eine Partnerpartei der Regierung von Premier Silvio Berlusconi, bringt einen Gesetzesentwurf in das Parlament ein, in dem ausdrücklich die Vollverschleierung verboten werden soll. Ein Verstoß soll bis zu 2000 Euro kosten.<sup>46</sup>

**Februar 2010:** Nach Medienberichten liegen dem italienischen Parlament zur Zeit insgesamt vier Gesetzesentwürfe von Regierung und Opposition für ein Verbot der Vollverschleierung vor. Zuwiderhandlungen könnten nach einer Verabschiedung mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft werden.<sup>47</sup>

In Berlusconis Regierungspartei „Volk der Freiheit“ gehen die Meinungen auseinander: Außenminister Franco Frattini ist gegen ein Verbot. Er meint, man müsse die Frage „in einem größeren Kontext von Integration“ behandeln und „einerseits religiöse Gefühle respektieren, andererseits Antworten auf Sicherheitsanforderungen geben.“ Dagegen spricht sich die Frauenministerin Mara Carfagna dezidiert gegen Nikab und Burka aus. Die Verschleierung sei kein religiöses Symbol sondern ein „Akt der Unterdrückung“. Den Gesichtsschleier zu verbieten, bedeute, die jungen Migrantinnen aus den Ghettos zu befreien, in denen man sie halten wolle.<sup>48</sup>

## GROSSBRITANNIEN

### Ausgangslage/betroffene Personen

In Grossbritannien leben mehr als 2,5 Millionen Muslime bzw. Menschen mit Migrationsbezug zu einem islamisch geprägten Land.<sup>49</sup> Weniger als ein Prozent der muslimischen Frauen tragen einen Ganzkörperschleier.<sup>50</sup>

### Rechtslage/Stand der Gesetzgebung

**Juli 2010:** Der konservative Abgeordnete Philipp Hollobone bringt einen Gesetzesentwurf in das Unterhaus ein, mit dem die Vollverschleierung untersagt werden soll. Der Entwurf, der im Dezember 2010 behandelt werden soll, hat kaum Chancen auf eine Mehrheit. Die meisten Abgeordneten und die Regierungskoalition aus Konser-

<sup>44</sup> Vgl.: Varallo verbietet muslimischen Frauen den Schleier. In: Mitteldeutsche Zeitung vom 26. November 2009 [www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1259218240063]

<sup>45</sup> Vgl.: Mittelstaedt, Juliane von und Stefan Simons: Schleier der Angst. In: Der Spiegel Nr. 29/2010 vom 19. Juli 2010. S. 90/91. [www.spiegel.de/spiegel/print/d-71892516.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>46</sup> Vgl.: Pläne für Burkaverbote in Europa. Redaktioneller Beitrag vom 30. April 2010 auf Tagesschau-online [www.tagesschau.de/ausland/hintergrundburka100.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>47</sup> Vgl.: Europa - Diskussion um Burkaverbot. In: Newsletter „Migration und Bevölkerung“ Nummer 02/10, eingestellt in www.migration-info.de [www.migration-info.de/mub\_artikel.php?id=100206 – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>48</sup> Vgl.: Reimann, Anne und Carsten Volkery: Schleierstreit entzweit Europa. Redaktioneller Beitrag auf Spiegel-online am 5. Februar 2010 [www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,675888,00.html – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>49</sup> Vgl.: Debatte um Burka-Verbot in Grossbritannien. sda-Meldung vom 18. Juli 2010. Abgedruckt u.a. auf www.news.ch [www.news.ch/Debatte+um+Burka+Verbot+in+Grossbritannien/447951/detail.htm – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>50</sup> Vgl.: ebd.

vativen und Liberaldemokraten lehnen ein Verbot der Vollverschleierung ab. Einwanderungsminister Damian Green sagte der Zeitung «Sunday Telegraph», ein Burka-Verbot in Grossbritannien sei «sehr unwahrscheinlich». Grossbritannien habe eine «tolerante und sich gegenseitig respektierende Gesellschaft». Hollobone kritisierte dagegen, die Politik stelle sich mit ihrer Ablehnung gegen die öffentliche Meinung.<sup>51</sup>

**Juli 2010:** Eine Umfrage des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research ermittelt im Juli 2010, dass 62 Prozent der Briten für ein Verbot der Vollverschleierung sind und entsprechende Verbote unterstützen würden.<sup>52</sup>

## SPANIEN

### Ausgangslage/betroffene Personen

In Spanien leben etwa 2,2 Million Muslime bzw. Menschen mit Migrationsbezug zu einem islamisch geprägten Land.<sup>53</sup> Viele der Muslime leben in Katalonien und in Andalusien. Das Tragen einer Ganzkörperverschleierung ist selten. Schätzungen gehen von 250 bis 500 Frauen aus.<sup>54</sup>

### Rechtslage/Stand der Gesetzgebung

**Frühjahr 2010:** Neun Städte Kataloniens, u.a. in Lerida, Tarragona und Vendrell, untersagen auf dem Erlassweg das Tragen von Vollverschleierungen in öffentlichen Einrichtungen (u.a. in Kindergärten, Vergnügungsparks und Museen). Neben Burka und Nikab werden auch Motorradhelme und Sturmmasken verboten.<sup>55</sup>

**Juni 2010:** Es gehöre zu den unverzichtbaren Sicherheitsvorschriften, dass man den Menschen, die ein öffentliches Gebäude betreten, ins Gesicht schauen könne. Damit begründet Barcelonas Bürgermeister, Jordi Hereu, das Mitte Juni 2010 erlassene Verbot der Vollverschleierung in der katalanischen Metropole.<sup>56</sup> Im Regionalparlament der Region Katalonien findet ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung am 1. Juli 2010 nach turbulenter Abstimmung allerdings keine Mehrheit.<sup>57</sup>

**Juni 2010:** Auf Antrag der oppositionellen Partido Popular verpflichtet der Spanische Senat mit einer Mehrheit von zwei Stimmen die Spanische Regierung dazu, ein Ge-

---

<sup>51</sup> Vgl.: ebd.

<sup>52</sup> Vgl.: PewResearchCenter: Widespread Support for Banning Full Islamic Veil in Western Europe. Pressemitteilung vom 8. Juli 2010 zu den Ergebnissen einer Umfrage des Instituts zur Haltung zur Vollverschleierung und zu hierauf abzielenden Verbotsgesetzen. [<http://pewresearch.org/pubs/1658/widespread-support-for-banning-full-islamic-veil-western-europe-not-in-america> – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>53</sup> Vgl.: Spanischer Senat votiert für Burka-Bann. Redaktioneller Beitrag vom 23. Juni 2010 auf Spiegel-online [[www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,702396,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,702396,00.html) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>54</sup> Vgl.: Molthagen, Michael: Spanien – Senat beschließt absolutes Burkaverbot. Blogbeitrag vom 23. Juni 2010 auf [www.burkaverbot.de](http://www.burkaverbot.de) [[www.burkaverbot.de/news/812-spanien-senat-beschliesst-absolutes-burkaverbot](http://www.burkaverbot.de/news/812-spanien-senat-beschliesst-absolutes-burkaverbot) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>55</sup> Vgl.: Mittelstaedt, Juliane von und Stefan Simons: Schleier der Angst. In: Der Spiegel Nr. 29/2010 vom 19. Juli 2010. S. 90/91. [[www.spiegel.de/spiegel/print/d-71892516.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-71892516.html) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>56</sup> Vgl.: Müller, Ute: Barcelona erlässt ein Burka-Verbot. Redaktioneller Beitrag vom 16. Juni 2010 auf Welt-online [[www.welt.de/die-welt/politik/article8067481/Barcelona-erlaesst-ein-Burka-Verbot.html](http://www.welt.de/die-welt/politik/article8067481/Barcelona-erlaesst-ein-Burka-Verbot.html)]

<sup>57</sup> Vgl.: Kein Burka-Verbot in Katalonien. Redaktioneller Beitrag vom 2. Juli 2010 auf 3sat.de [[www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/news/145881/index.html](http://www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/news/145881/index.html) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]. Nachdem der Verbandsantrag zunächst angenommen worden war, machten die gegen das Burka-Verbot eingestellten Abgeordneten technische Fehler geltend. Einer daraufhin angeordneten zweiten Abstimmung blieben dann die Unterstützer des Verbots aus Protest fern.

setz vorzulegen und in das Parlament einzubringen, mit dem die Burka und der Nikab aus dem Stadtbild und der Öffentlichkeit verbannt werden sollen.<sup>58</sup>

**Juli 2010:** Das Spanische Parlament lehnt einen Gesetzentwurf, mit dem die Vollverschleierung in staatlichen Einrichtungen wie Ministerien, staatlichen Schulen und Krankenhäusern, Ämtern sowie öffentlichen Kultur- und Sozialeinrichtungen verboten werden soll, mit knapper Mehrheit ab.<sup>59</sup>

**Juli 2010:** Eine Umfrage des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research ermittelt im Juli 2010, dass 59 Prozent der Spanier für ein Verbot der Vollverschleierung sind und entsprechende Verbote unterstützen würden.<sup>60</sup>

## NIEDERLANDE

### Ausgangslage/betroffene Personen

In den Niederlanden leben etwa eine Million Muslime bzw. Menschen mit Migrationsbezug zu einem islamisch geprägten Land.<sup>61</sup>

### Rechtslage/Stand der Gesetzgebung

**September 2009:** Der Amsterdamer Bürgermeister Job Cohen schlägt vor, Frauen, die im Berufsleben nicht auf die Ganzkörperverschleierung verzichten wollen und daher keinen Job finden, den Anspruch auf Arbeitslosenhilfe zu streichen. Der Vorschlag findet im parlamentarischen Raum bei konservativen und sozialdemokratischen Abgeordneten verbal Unterstützung.<sup>62</sup> Schon im Jahr 2005 hatten Verantwortliche in der Stadt Utrecht eine entsprechende Initiative angekündigt.<sup>63</sup> Erkenntnisse über die Umsetzung der Vorschläge in die Praxis sind nicht bekannt.

**Frühjahr 2010:** Seit dem Frühjahr 2010 werden mehrere Gesetzentwürfe für ein Verbot der Vollverschleierung vorbereitet. Die geplanten Verbote sollen unter anderem Schulen, Universitäten und den öffentlichen Dienst betreffen.<sup>64</sup>

**Juli 2010:** Nachdem in den Niederlanden Christdemokraten und Rechtsliberale mit Hilfe der PVV (Geert Wilders) eine Minderheitsregierung bilden, erwarten Beobachter

<sup>58</sup> Vgl.: Spanischer Senat votiert für Burka-Bann. Redaktioneller Beitrag vom 23. Juni 2010 auf Spiegel-online [www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,702396,00.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>59</sup> Spanisches Parlament will kein Burka-Verbot. ddp-Meldung vom 20. Juli 2010. Abgedruckt u.a. auf der Webseite der Neuen Züricher Zeitung [www.nzz.ch/nachrichten/international/spanisches\_parlament\_will\_kein\_burka-verbot\_1.6761924.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>60</sup> Vgl.: PewResearchCenter: Widespread Support for Banning Full Islamic Veil in Western Europe. Pressemitteilung vom 8. Juli 2010 zu den Ergebnissen einer Umfrage des Instituts zur Haltung zur Vollverschleierung und zu hierauf abzielenden Verbotsgesetzen. [http://pewresearch.org/pubs/1658/widespread-support-for-banning-full-islamic-veil-western-europe-not-in-america – Zuletzt geöffnet am 18. August 2010]

<sup>61</sup> Vgl. Informationen des Niederländischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten [www.minbuza.nl/de/Die\_Niederlande/Die\_Niederlande\_auf\_einen\_Blick/Allgemeine\_Informationen/Eine\_multikulturelle\_Gesellschaft – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>62</sup> Kein Arbeitslosengeld für Burka-Trägerinnen. Redaktioneller Beitrag vom 29. September 2009 auf Süddeutsche-online [www.sueddeutsche.de/karriere/niederlande-kein-arbeitslosengeld-fuer-burka-traegerinnen-1.28018 – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>63</sup> Vgl.: Rötzer, Florian: Holländische Regierung erwägt Burka-Verbot. Redaktioneller Beitrag vom 14. Oktober 2005 auf Telepolis [www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21140/1.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>64</sup> Vgl.: Pläne für Burkaverbote in Europa. Redaktioneller Beitrag vom 30. April 2010 auf Tagesschau-online [www.tagesschau.de/ausland/hintergrundburka100.html – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

Aufwind für Befürworter von Kopftuch- und Burkaverboten - und ein baldiges Verbot der Komplettverschleierung in der Öffentlichkeit.<sup>65</sup>

## ÖSTERREICH

### Ausgangslage/betroffene Personen

In Österreich leben etwa 500.000 Muslime bzw. Menschen mit Migrationsbezug zu einem islamisch geprägten Land.<sup>66</sup> Die Österreichische Bundesregierung in Person der Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek schätzt, dass rund 100 Frauen in Österreich eine Burka tragen.<sup>67</sup> Schätzungen und Zahlen zu anderen Formen der Vollverschleierung sind nicht bekannt.

### Rechtslage/Stand der Gesetzgebung

**April 2010:** Die Staatssekretärin im Österreichischen Familienministerium, Christine Marek, erklärt, es gebe derzeit intensive Gespräche mit den zuständigen Ressorts über die konkrete Ausgestaltung einer gesetzlichen Regelung zum Verbot der Ganzkörperverschleierung. Gelten solle das Verbot in öffentlichen Gebäuden wie Ämtern, Gerichten, Schulen, Universitäten und – wegen der starken Sehbehinderung – beim Lenken von Fahrzeugen. Über konkrete Sanktionen wie in Frankreich werde noch geredet. Dabei könne man unter Umständen auf internationale Beispiele - etwa die derzeit in Belgien laufende Diskussion – zurückgreifen.<sup>68</sup>

Bundeskanzler Faymann (SPÖ) zeigte sich grundsätzlich offen für die Debatte über den Umgang mit der Ganzkörperverschleierung. Es müsse geprüft werden, ob man eine gesetzliche Regelung brauche oder mehr Aufklärungsarbeit leisten müsse. Vizekanzler Pröll (ÖVP) plädierte für eine breite Diskussion, die man nicht nur an der Frage der Ganzkörperverschleierung aufhängen solle. Es gehe gleichzeitig um das Verhältnis zwischen Religionsfreiheit, Einmischung des Staates, Säkularität und Gleichstellung.<sup>69</sup>

**Juni 2010:** Die Fraktion der FPÖ im Vorarlberger Landtag beantragt, dass Parlament möge die Landesregierung dazu auffordern, sich bei der österreichischen Bundesregierung um die Erarbeitung und Einbringung eines Verbots der Ganzkörperverschleierung in Österreich einzusetzen. Der Antragstext an den Vorarlberger Landtag, über den noch nicht abgestimmt wurde, lautet: „Die Vorarlberger Landesregierung wird er-

<sup>65</sup> Vgl.: Molthagen, Michael: Niederlande – Burkasteuer oder Burkaverbot? Blogeintrag vom 14. August 2010 auf [www.burkaverbot.de](http://www.burkaverbot.de) [[www.burkaverbot.de/news/855-niederlande-burkasteuer-oder-burkaverbot](http://www.burkaverbot.de/news/855-niederlande-burkasteuer-oder-burkaverbot) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>66</sup> Informationen des Österreichischen Integrationsfonds . Veröffentlicht im Rahmen einer Pressemitteilung des ÖIF „Über eine halbe Million Muslime in Österreich“ am 26. Februar 2010 [[www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20100226\\_OTS0069/ueber-eine-halbe-million-muslime-in-oesterreich](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100226_OTS0069/ueber-eine-halbe-million-muslime-in-oesterreich) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>67</sup> Gabriele Heinisch-Hosek in einem Interview mit der Zeitschrift *profil* am 8. Februar 2010. Abgedruckt auf der Homepage des Österreichischen Bundeskanzleramtes [[www.bka.gv.at/site/cob\\_\\_38167/currentpage\\_\\_0/6893/default.aspx](http://www.bka.gv.at/site/cob__38167/currentpage__0/6893/default.aspx) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>68</sup> Vgl.: Galley, Josef: Burka soll in Österreich verboten werden. Redaktioneller Beitrag auf dem Online-Portam [www.oe24.at](http://www.oe24.at) [[www.oe24.at/oesterreich/politik/Burka-soll-in-Oesterreich-verboten-werden-0712735.ece](http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Burka-soll-in-Oesterreich-verboten-werden-0712735.ece) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>69</sup> Vgl.: Faymann kann es sich vorstellen, Pröll will diskutieren. In: Der Standard vom 28. April 2010 [<http://diestandard.at/1271375337982/Burka-Verbot-Faymann-kann-es-sich-vorstellen-Proell-will-diskutieren> – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

*sucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass dem Nationalrat eine Regierungsvorlage betreffend ein Verbot des Tragens der Burka im öffentlichen Raum zugeleitet wird.*<sup>70</sup>

Der Rechtsausschuss des Vorarlberger Landtags spricht sich gegen die Stimmen von SPÖ und Grünen für ein Burkaverbot aus.<sup>71</sup>

## BOSNIEN-HERZEGOWINA

### Ausgangslage/betroffene Personen

In Bosnien-Herzegowina leben etwa 2.2 Millionen Muslime. Das entspricht etwa 48 Prozent der Gesamtbevölkerung.<sup>72</sup> Die Zahl von Muslimas, die sich komplett verschleiern, nimmt seit den 90er Jahren stetig zu.<sup>73</sup>

### Rechtslage/Stand der Gesetzgebung

**August 2010:** Das bosnische Parlament eröffnet auf Initiative bosnisch-serbischer Abgeordneter die Diskussion über ein Burkaverbot, das für den gesamten öffentlichen Raum gelten soll. Die beantragenden Parlamentarier fordern eine Geldstrafe in Höhe von 50 Euro oder eine Haft von ein bis sieben Tagen, falls eine Frau sich dem Verbot in der Öffentlichkeit widersetzen würde. Verboten werden sollen Bekleidungsformen, die es unmöglich machen, Personen an öffentlichen Orten zu identifizieren. Die Debatte soll Anfang September im Parlament fortgesetzt werden.<sup>74</sup>

## SCHWEIZ

### Ausgangslage/betroffene Personen

In der Schweiz leben etwa 400.000 Muslime bzw. Menschen mit Migrationsbezug zu einem islamisch geprägten Land.<sup>75</sup> Die schweizerische Regierung geht von etwa 100 Frauen aus, die in der Schweiz eine Vollverschleierung tragen.<sup>76</sup>

<sup>70</sup> zit. Nach: Antrag – Burka-Verbot in Österreich durchsetzen. Pressemitteilung der Vorarlberger Freiheitliche – FPÖ vom 31. Mai 2010 [[www.vfreiheitliche.at/2010/05/31/antrag-burka-verbot-in-oesterreich-durchsetzen/](http://www.vfreiheitliche.at/2010/05/31/antrag-burka-verbot-in-oesterreich-durchsetzen/) - Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>71</sup> Vgl.: Rechtsausschuss ist für Burkaverbot. ORF-Meldung vom 20. Juni 2010. Abgedruckt auf <http://vorarlberg.orf.at> [<http://vorarlberg.orf.at/stories/452945/> - Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>72</sup> Vgl. Online-Lexikon Wikipedia: Bosnien und Herzegowina [[http://de.wikipedia.org/wiki/Bosnien\\_und\\_Herzegowina](http://de.wikipedia.org/wiki/Bosnien_und_Herzegowina) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>73</sup> Vgl.: Molthagen, Michael: Bosnien-Herzegowina – Parlament diskutiert über Burkaverbot. Blogeintrag vom 29. Juli 2010 auf [www.burkaverbot.de](http://www.burkaverbot.de) [[www.burkaverbot.de/news/844-bosnien-herzegowina-parlament-debattiert-ueber-burkaverbot](http://www.burkaverbot.de/news/844-bosnien-herzegowina-parlament-debattiert-ueber-burkaverbot) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>74</sup> Vgl.: ebd.

<sup>75</sup> Vgl.: Online-Lexikon Wikipedia: Islam in der Schweiz [[http://de.wikipedia.org/wiki/Islam\\_in\\_der\\_Schweiz](http://de.wikipedia.org/wiki/Islam_in_der_Schweiz) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>76</sup> Vgl. die Antwort des Schweizerischen Bundesrats vom 24. Februar 2010 auf eine Interpellation (Anfrage) des Abgeordneten Christophe Darbelley vom 11. Dezember 2009. Danach geht man in Frankreich „laut Aussage des französischen Innenministers von etwa 1630 vollständig verhüllten Frauen bei 5 bis 6 Millionen Personen islamischer Religionszugehörigkeit aus. Überträgt man diese Schätzung auf die Schweiz, würde dies etwa 95 bis 130 vollständig verhüllten Frauen entsprechen. Die effektive Zahl dürfte jedoch erheblich tiefer liegen, da die Musliminnen in der Schweiz zu über 75 Prozent aus Ländern stammen, in denen die vollständige Verschleierung völlig unüblich oder nur wenig verbreitet ist.“

[[http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20094308](http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20094308) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

**Mai 2010:** Das Aargauer Kantonsparlament hat eine Standesinitiative in die Wege geleitet, die darauf abzielt, das Verbot der Ganzkörperverschleierung an das eidgenössische Parlament (Schweizerische Bundesversammlung) heranzutragen. Die Kommission Öffentliche Sicherheit des Kantonsparlamentes musste deshalb innerhalb von drei Monaten den Text für die Standesinitiative ausarbeiten.<sup>77</sup> Der zwischenzeitlich vorgelegte Text macht deutlich, dass die Forderung auf ein generelles Verschleierungsverbot im öffentlichen Raum ausgeweitet werden soll: *„Im öffentlichen Raum soll das Tragen von Kleidungsstücken, die das Gesicht ganz oder hauptsächlich verhüllen, bei Strafandrohung untersagt werden.“* Das Kommunalparlament muss nach der Sommerpause entscheiden, ob der Aargau die Standesinitiative beim eidgenössischen Parlament einreicht.<sup>78</sup>

Hiermit ist zu rechnen. Im eidgenössischen Parlament prüfen dann zunächst die zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat die Standesinitiative; leisten sie ihr Folge, wird eine Vorlage ausgearbeitet und anschließend den Räten unterbreitet.<sup>79</sup>

Entsprechende Standesinitiativen sind auch in den Kantonen Bern und Solothurn zu erwarten.<sup>80</sup>

Der Schweizerische Bundesrat (Bundesregierung) hat sich bereits mehrmals mit dem Thema befasst. Letztmals beschied er im Februar 2010 ein Burkaverbot abschlägig. Dabei führte er aus, es sei schweizweit von rund 100 Burkaträgerinnen auszugehen. Auch wenn die Burka – so der Bundesrat – ein Integrationshindernis darstelle, sei ein Verbot nicht zielführend, weil die betroffenen Frauen dann möglicherweise zuhause weggeschlossen würden. Zudem wolle man keinen Unterschied zwischen Burkaträgerinnen aus dem Ausland und dem Inland machen, indem der Ganzkörperschleier Touristinnen erlaubt bliebe. Ausreichendes Interesse für ein Schleier-Verbot bestehe aus der Sicht des Bundesrates einzig in der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Hier könnten zeitlich und örtlich begrenzte Beschränkungen erlassen werden, etwa in Banken, Verwaltungen, Flughäfen und ähnlichem.<sup>81</sup>

---

<sup>77</sup> Vgl.: Burka-Verbot – Standesinitiative könnte Signalwirkung haben. Redaktioneller Beitrag auf der Onlineseite der Tagesschau des Schweizerischen Fernsehens vom 4. Mai 2010

[[www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2010/05/04/Schweiz/Burka-Verbot-Standesinitiative-koennte-Signalwirkung-haben](http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2010/05/04/Schweiz/Burka-Verbot-Standesinitiative-koennte-Signalwirkung-haben) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>78</sup> Vgl.: Europa – Umstrittene Burka-Verbote. In: Newsletter „Migration und Bevölkerung“ Nummer 06/10, eingestellt in [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de) [[www.migration-info.de/mub\\_artikel.php?id=100607](http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?id=100607) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>79</sup> Vgl.: Burka-Verbot – Standesinitiative könnte Signalwirkung haben. Redaktioneller Beitrag auf der Onlineseite der Tagesschau des Schweizerischen Fernsehens vom 4. Mai 2010

[[www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2010/05/04/Schweiz/Burka-Verbot-Standesinitiative-koennte-Signalwirkung-haben](http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2010/05/04/Schweiz/Burka-Verbot-Standesinitiative-koennte-Signalwirkung-haben) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>80</sup> Vgl.: Debatte über Burka-Verbot in der Schweiz. Informationen von Humanrights.ch/MERS vom 3. Mai 2010 [[http://humanrights.ch/home/de/Fokus-Schweiz/Inneres/Gruppen/Religioese/idcatart\\_6483-content.html](http://humanrights.ch/home/de/Fokus-Schweiz/Inneres/Gruppen/Religioese/idcatart_6483-content.html) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

<sup>81</sup> Vgl. die Antwort des Schweizerischen Bundesrats vom 24. Februar 2010 auf eine Interpellation (Anfrage) des Abgeordneten Christophe Darbelley vom 11. Dezember 2009. Danach geht man in Frankreich „laut Aussage des französischen Innenministers von etwa 1630 vollständig verhüllten Frauen bei 5 bis 6 Millionen Personen islamischer Religionszugehörigkeit aus. Überträgt man diese Schätzung auf die Schweiz, würde dies etwa 95 bis 130 vollständig verhüllten Frauen entsprechen. Die effektive Zahl dürfte jedoch erheblich tiefer liegen, da die Musliminnen in der Schweiz zu über 75 Prozent aus Ländern stammen, in denen die vollständige Verschleierung völlig unüblich oder nur wenig verbreitet ist.“

[[http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20094308](http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20094308) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

## POSITION DES EUROPARATES

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) hat am 23. Juni 2010 eine Erklärung verabschiedet, in der sich Abgeordnete aus den 47 Europaratsländern gegen ein komplettes Verbot von muslimischen Ganzkörperschleiern aussprechen. Einschränkungen, etwa aus Sicherheitsgründen oder in öffentlichen Gebäuden, sollen hingegen zulässig sein. Das gleiche gelte, wenn eine Frau einen Beruf ausübe, bei dem sie ihr Gesicht zeigen oder "religiöse Neutralität" wahren müsse.<sup>82</sup>

## Fazit

- Europaweit finden sich nach aktuellen Meinungsforschungsumfragen gesellschaftliche Mehrheiten für ein gesetzliches Verbot der Vollverschleierung.
- In allen untersuchten Staaten machen vollverschleierte muslimische Frauen nur eine sehr kleine Minderheit aus.
- In keinem europäischen Staat ist trotz zahlreicher Initiativen und breiter gesellschaftlicher und politischer Debatte bislang landesweit ein Gesetz verabschiedet und in Kraft gesetzt worden, mit dem die Burka oder andere Formen der Vollverschleierung untersagt werden. Teilweise konnten Gesetzesvorhaben nicht innerhalb einer Legislaturperiode abgeschlossen werden und müssen deshalb gegebenenfalls neu gestartet werden, teilweise stehen noch Zustimmungen durch die zweite Kammer eines Parlamentes aus und teilweise formulierten Institutionen der Judikative verfassungsrechtliche Bedenken gegen Verbotsgesetze, die zu einer Verlangsamung oder zum Abbruch eines Gesetzgebungsverfahrens geführt haben.
- Aktuelle Gesetzgebungsverfahren nehmen nicht explizit auf die Burka oder eine andere Form der Vollverschleierung Bezug. Vielmehr werden allgemeine Vermummungsverbote formuliert, von denen einzelne Personengruppen (z.B. Motorradfahrer) bzw. einzelne Zeiträume (z.B. die Karnevalszeit) ausgenommen werden.
- Die Mehrzahl der gesetzgeberischen Initiativen zielt auf ein Vermummungsverbot ausschließlich in öffentlichen Einrichtungen (u.a. Schule, Hochschule, Behörden, Gerichte) ab. Nur eine Minderzahl der Gesetzesinitiativen geht darüber hinaus und strebt ein generelles Vermummungsverbot in der Öffentlichkeit an.

---

<sup>82</sup> Vgl.: Europa – Umstrittene Burka-Verbote. In: Newsletter „Migration und Bevölkerung“ Nummer 06/10, eingestellt in [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de) [[www.migration-info.de/mub\\_artikel.php?id=100607](http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?id=100607) – Zuletzt geöffnet am 20. August 2010]

## **Das Bundesweite Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen**

Um das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen zu verbessern, wurde beim Interkulturellen Rat in Deutschland zum 1. September 2006 das Bundesweite Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen eingerichtet. Neben der kontinuierlichen Förderung des Projekts durch die Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung wurde das Projekt von 2006 bis Ende 2009 über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durch das Bundesministerium des Innern gefördert. Seit dem 1. Januar 2010 wird das Projekt aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds konfinanziert. Das Projekt bietet eine Anlaufstelle, die

- dabei unterstützt, in schwierigen Sachfragen nach kreativen Lösungen zu suchen, die gleichermaßen die Interessen von Muslimen und Nichtmuslimen berücksichtigen;
- konkreten Vorwürfen intensiv nachgeht, unabhängig und neutral Tatsachenerhebung betreibt und sich darum bemüht, konkrete Konflikte – z.B. in der Arbeitswelt, in der Schule, bei Behörden oder anderen öffentlichen Einrichtungen – zwischen Muslimen und Nichtmuslimen zu versachlichen und zu lösen;
- Missstände benennt und dokumentiert, die das Zusammenleben erschweren und
- durch Aufklärungs- und Informationsarbeit den wechselseitig vorhandenen Stereotypen und Vorurteilen begegnet.